

Stellungnahme des Landes Berlin zum Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich für die Gelegenheit zur Stellungnahme, die für das Land Berlin wie folgt lautet:

Die Beschleunigung des Asylverfahrens durch den Gebrauch von Videoanhörungen und die Bereitstellung von Videosprachmittlung wird begrüßt (Art. 1 Nr. 8a und Nr. 7 des Referentenentwurfs). Der gänzliche Verzicht auf eine Anhörung des Asylsuchenden bei Unmöglichkeit der Durchführung einer Anhörung (Art. 1 Nr. 8a) sowie die Durchführung der Anhörung ohne Beteiligung eines Bevollmächtigten (Art. 1 Nr. 25d) werden dagegen kritisch betrachtet. Zwar können diese Änderungen unmittelbar zur Beschleunigung des Asylverfahrens beitragen, allerdings läuft dies nach hiesiger Ansicht dem Grundsatz des Anspruchs auf rechtliches Gehör zuwider.

Ebenso wird kritisch betrachtet, dass bei Folgeanträgen, die zu keinem neuen Asylverfahren führen, keine Entscheidung über Abschiebeverbote nach § 60 Abs. 5 und Abs. 7 AufenthG getroffen werden sollen (Art. 1 Nr. 11c). Insbesondere wenn sich die Sachlage im Hinblick auf Abschiebeverbote zugunsten des Asylsuchenden geändert haben sollte, wird diese Neuregelung für unsachgerecht erachtet, da sie zu erheblichen Nachteilen für den Asylsuchenden führen kann.

Die Streichung der Regelüberprüfung und Einführung einer anlassbezogenen Widerrufs- und Rücknahmeprüfung werden als sinnvolles Instrument zur Beschleunigung des Asylverfahrensgesetzes erachtet (Art. 1 Nr. 19). Ebenso wird ausdrücklich begrüßt, dass eine behördenunabhängige Asylverfahrensberatung eingeführt werden soll (Art. 1 Nr. 6).

Hinsichtlich der geplanten Änderungen des Asylgerichtsverfahrens hat das hiesige Justizressort zudem die nachfolgenden Anmerkungen übermittelt:

Behandlung von Befangenheitsanträgen (Art. 1 Nr. 21c)

Sachlich korrekt müsste § 74 Abs. 3 Satz 1 letzter HS. AsylG-E etwa „*so kann der Termin unter Mitwirkung des abgelehnten Richters durchgeführt oder fortgesetzt werden.*“ lauten. Allerdings fehlt dem Referentenentwurf eine empirisch unterlegte Darstellung, dass es in Asylprozessen zu einer Steigerung von Befangenheitsanträgen gekommen wäre, sodass sich die Erforderlichkeit der Norm noch nicht erschließt.

Entscheidung im schriftlichen Verfahren (Art. 1 Nr. 23b)

Die wohl an § 495a ZPO angelehnte Vorschrift des § 77 Abs. 2 AsylG-E verfolgt ein im Kern begrüßenswertes Anliegen. Allerdings drängt sich die Frage auf, ob nicht insbesondere die anwaltliche Praxis auf die Vorschrift zeitnah dadurch reagieren würde, dass standardmäßig bereits bei Klageerhebung der Antrag auf Durchführung der mündlichen Verhandlung gestellt wird, sodass im Ergebnis ein Beschleunigungseffekt nicht eintritt. Ungeachtet dessen muss aus hiesiger Sicht geprüft werden, ob nicht in der Folge die Nr. 3104 der Anlage 1 zum Rechtsanwaltsvergütungsgesetz angepasst werden muss.

Stellungnahme des Landes Berlin zum Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren

Nach der jetzigen Fassung der Nr. 3104 bestehen Zweifel, ob ein Vorgehen nach § 77 Abs. 2 AsylG-E die fiktive Terminsgebühr auslösen würde, sodass die schriftliche Entscheidung nach der neuen Regelung nicht im anwaltlichen Kosteninteresse läge.

Bescheidung von Beweisanträgen (Art. 1 Nr. 23d)

Die Vorschrift des § 77 Abs. 4 AsylG-E wird hier dahin verstanden, dass das Gericht nur von der Pflicht entbunden werden soll, einen Beweisantrag durch einen in der mündlichen Verhandlung zu verkündenden und zu begründenden Beschluss abzulehnen, gleichwohl aber zur Wahrung rechtlichen Gehörs die Gründe für die voraussichtliche Ablehnung des Beweisantrags in der mündlichen Verhandlung mitteilen muss. Da sich das Gericht in dieser Situation nichtsdestominder in sprechfähiger Form Gedanken über den Beweisantrag machen muss, könnte möglicherweise nur ein geringer Beschleunigungs- und Entlastungseffekt eintreten.

Gesetzliche Klageänderung (Art. 1 Nr. 23e)

Die ihr Vorbild in anderen Prozessordnungen (z.B. § 96 SGG oder § 68 FGO) findende Vorschrift wird begrüßt.

Erweiterung der Prüfungsmöglichkeiten des BVerwG (Art. 24)

Die Erweiterung der Prüfungsmöglichkeiten des BVerwG durch § 78 Abs. 8 AsylG-E zur Sicherung der Einheitlichkeit der asylrechtlichen Rechtsprechung entspricht einer bereits in 2017/2018 erhobenen Forderungen sowohl der Verwaltungsgerichtsbarkeit als auch der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister, sodass der Referentenentwurf insoweit grundsätzlich begrüßt wird. Obgleich die beabsichtigte Gesetzesfassung im Kern einem aus der Praxis stammenden Formulierungsvorschlag entspricht (Stellungnahme des Bundes Deutscher Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterrinnen vom 2. März 2018 zum Thema „Beschleunigung und Vereinheitlichung asylgerichtlicher Verfahren zur Sicherung zeitnahen qualitativen hochwertigen Rechtsschutzes!“, dort S. 4), kann in der Zeitkürze ohne Beteiligung der gerichtlichen Praxis hierzu eine tiefergehende Stellungnahme nicht abgegeben werden.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
gez. Rienitz